

Roter Feuerzug

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturmarsch / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. drei Hefte 2,50 RM. (halbmonatl. 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Versandgebühr); Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-II; Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2; Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-II, Güterbahnhofstr. 2; Fernsprecher: 17 259 / Drahtanzeige: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonntags 13–14 Uhr

Abgabepreis: Die neuromal gesetzte Nonpareille-Zeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienangehörige bis 0,20 RM. für die Restkategorie anschließend an den dreipfennigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Abgabenzahlnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-II, Güterbahnhofstrasse 2. Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 27. Dezember 1928

Nummer 300

Hoover wird ausgepfiffen

Die antikolonialistische Bewegung wächst

Paris, 27. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Chicago Tribune berichtet von dem Kreuzer Hoover, der seine Amerikareise durchführte, daß dieser plötzlich seine Route geändert habe und wünschte, möglichst schnell wieder in Washington zu sein. Die Kursänderung wird von Hoover mit den bevorstehenden Verhandlungen und der Neubildung des Kabinetts begründet. Der wichtigste Grund ist die wachsende Bewegung gegen den Imperialismus in Lateinamerika. Hoover wurde überall, besonders in Buenos Aires, nicht nur mit Ovationen, sondern auch mit Schimpftreusen empfangen. Militär mußte ihm den Weg bahnen.

Die von der Antikolonialistischen Liga durchgeführten Antikriegsverhandlungen anlässlich der Kriegsgefahr zwischen Paraguay und Bolivien haben die antikolonialistischen Bewegungen in Lateinamerika außerordentlich gestärkt.

Das ist der wahre Grund, warum Hoover seine Reise geändert, und warum er vor allem darauf verzichtet hat, auch Mexiko zu besuchen. In den letzten Tagen wurden besonders große Demonstrationen, die sich gegen den jeweils bevorstehenden Besuch Hoovers richteten, gemeldet, die von der Antikolonialistischen Liga veranstaltet wurden.

Diese politisch außerordentlich bedeutungsvolle Niederlage Hoovers gewinnt angesichts der "Belebung" des kriegerischen Konflikts der beiden Vasallenstaaten besondere Bedeutung. Jedenfalls hat die Art der Auseinandersetzung der beiden kapitalistischen Mächtegruppen England und Amerika der Bevölkerung einen Vorgeschmack der kommenden "friedlichen" Lösung der Streitfragen gegeben. Die gestiegene Aktivität der Antikolonialistischen Liga hat es nun mehr in kurzer Zeit vermocht, diese Stimmung organisatorisch zusammenzufassen und sie positiv auszunützen zum Kampf gegen die ideologische Schlampagne, die Hoovers Reise diente. Die junge Bewegung hat damit nicht nur ihre Existenzberechtigung nachgewiesen, sondern weitere Entwicklungsmöglichkeiten gezeigt, deren Bedeutung für die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Steigerung der Kraft der antikolonialistischen Bewegung gegen Amerika, der neue Aufstand in Indien, der Wahlsieg der Flamen in Belgien, der Kampf der Elsässer um ihre Unabhängigkeit und nicht zuletzt die Niederlage der reaktionären Agenten Englands in Afghanistan sind Wetterzeichen am Horizont des imperialistischen Weltkampfes. Während die Kapitalistikklassen aller Länder sich rüsten zu neuen Kriegen, wächst die Kraft der Arbeiterbewegung in den Staaten und verstärkt sich der Widerstand der breiten Schichten der Kolonial- und Halbkolonialländer ebenso wie die Bewegung der nationalen Minderheiten, die mehr und mehr erkennen, daß ihr einziger Verbündeter die Arbeiterklasse und der Weg zum endgültigen Sieg über die Unterdrückung die Revolution der Arbeiterschlaf ist, die geführt wird von den Sektionen der Kommunistischen Internationale. Das aber muß und wird eines der wertvollsten Resultate dieser ersten Kämpfe gegen den "eigenen" Imperialismus in allen kapitalistischen Ländern sein: Stärkung des kommunistischen Einflusses auf die Bewegung geratenen Massen. So ist es im Elsass gewesen, so zeigt es sich in Belgien, wo nach dem Sieg der Flamen die Kommunistische Partei auf Grund des Unterstützungsdeszuges der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront die Stellung der Kommunisten zur nationalen Frage zum Ausgangspunkt einer breiten Kampagne für eigene Wahllisten und eigene parlamentarische Vertretung in allen Gebieten machen kann, und das wird sich auch in den amerikanischen Staaten zeigen; denn trotz der brutalen Kapitalistidiotie in den USA wächst der Kommunismus.

Die antikolonialistische Bewegung ist ein guter und wertvoller Wegbereiter der proletarischen Revolution.

Ein Belgrader Polizeispitzel erschossen

Der Attentäter unerkannt entkommen

Belgrad, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 26. Dezember wurde in dem größten Kaffeehaus von Belgrad von einem Unbekannten, der sich hinter einem Vorhang verbirgt gehalten hat, ein Revolverattentat gegen den Agenten der Belgrader Polizeidirektion, Alfred Grauer, verübt. Grauer wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Unter der allgemeinen Panik gelang es dem Attentäter, zu entfliehen. Die Polizei hat sofortige Untersuchung eingeleitet, aber noch keine Spur gefunden. Man nimmt an, daß der Anschlag von den Organisationen jugendlicher extremen Kreisen, den sogenannten Franz.-partei, organisiert worden ist. Die Polizei hat bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Der Kampf auf den Werften

Ungebrochener Kampfwille / Freitag Abstimmung über den Schiedsspruch
Die Delegiertenversammlung lehnt ab / Vor der Verbindlichkeitserklärung

Hamburg, 27. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des vom Reichsarbeitsministerium geschaffenen Schiedsspruches in der Werftindustrie findet am morgigen Freitag statt. Die Delegiertenversammlung der Werftarbeiter hat den neuen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt. Die Empörung unter den Werftarbeitern ist so groß, daß es die reformistische Verbandsbürokratie nicht wagte, offen für die Annahme des Schiedsspruches einzutreten. Das sozialdemokratische Hamburger Cho, das von dem „wiedekommen“ Kampfe in der Werftindustrie spricht, lädt durch seine Haltung erkennen, daß die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches bevorsteht und die Verbandsleitung alles unternehmen wird, um die Arbeiter unter Hinweis auf die Rechtlosigkeit der Verbindlichkeitserklärung, welche in die Betriebe zu bringen. Die bürgerliche Presse rechnet damit, daß die Arbeit in den Werften am 2. Januar beginnt.

Wie bekannt, stehen die Werftarbeiter seit Oktober im Kampf um die Herabsetzung der Arbeitszeit, von 52 auf 48 Stunden, und um eine Lohnhöhung von 12 Pfennig pro Stunde. Der neue Schiedsspruch, der auf Grund des bekannten Kabinettbeschlusses, alle schwedenden Lohnkämpfe beschleunigt zu beenden, gefäßt wurde, ist für die Werftarbeiter ebenso unannehmbar wie der erste.

Die Werftarbeiter in Hamburg als auch in Kiel weisen diejenigen Schiedsspruch mit Entrüstung zurück.

Die Werftarbeiter sind nicht gewillt, ihren Kampf, der nun fast ein Vierteljahr dauert, auf der Grundlage des neuen Schiedsspruches abzubrechen. Nur durch geschlossene Fortführung des Kampfes wird es den Werftarbeitern möglich sein, ihren Kampf erfolgreich fortzuführen und die Werftdirektionen, denen die Eisenindustrien des Ruhrgebietes den Rücken gestellt haben, zur Erfüllung ihrer bestreitigen Forderungen zu zwingen. Es steht schon heute sicher, daß der Metallarbeiterverband gewillt ist, mit der bestimmt zu erwartenden Verbindlichkeitserklärung, den Kampf abzubrechen, und die Arbeiter in die Betriebe zu jagen. Vor den Werftarbeitern steht jetzt also die große Aufgabe, den Kampf, den sie drei Monate lang heldenmäßig gegen das Unternehmertum geführt haben, auch gegen die staatliche Überwaltungsmethode des Verbindlichkeitserklärung fortzuführen. Selbstverständlich werden die Reformisten in dieser entscheidenden Phase des Kampfes noch offener auf der Seite des Unternehmers und des kapitalistischen Staates stehen. Die Fronten werden sich klar abgrenzen. Auf der Seite der kämpfenden Werftarbeiter wird und muß die praktische Solidarität der deutschen Arbeiterschaft stehen und es ihnen somit ermöglichen, den Kampf gegen Staatsgewalt, Unternehmertum und Reformismus erfolgreich und damit zugleich richtiggeleitet für die kommenden Kämpfe der deutschen Arbeiterschaft zu beenden.

Beschluß des Polbüros zum Offenen Brief des EKKI über die rechte Gefahr in der KPD

Das Polbüro des ZK der KPD führte in seiner Sitzung vom 21. Dezember folgenden Beschluß zum Offenen Brief des EKKI über die rechte Gefahr in der KPD:

1. Das Polbüro begrüßt rückhaltlos die klare und entschiedene Stellungnahme des Präsidiums des EKKI zur rechten Liquidatorengruppe in der KPD. Das Polbüro erblüht in dem Offenen Brief des Präsidiums die harte Unterstützung des Kampfes der KPD gegen die Feinde des Kommunismus innerhalb der eigenen Reihen. Die internationale Bedeutung des Beschlusses des Präsidiums ist unverkennbar. Der Offene Brief an die Mitglieder der KPD wird in der Komintern einer der bedeutsamsten Schritte sein, um die Rechtsgefahren, Rechtsstrukturen und Rechtsfraktionen auch in den übrigen Bruderparteien schonungslos zu bekämpfen und zu liquidieren.

Der Beschluß des Präsidiums des EKKI ist gerade deswegen von hervorragender Bedeutung für den Kampf der KPD gegen die rechte Liquidatorengruppe, weil er in der großen Linie die Notwendigkeit des ständigen und ununterbrochenen ideologischen Kampfes gegen den Opportunismus in den Reihen der Kommunistischen Partei aufzeigt.

Gleichzeitig zeigt der Offene Brief der KPD den Weg zur rechten Liquidierung der rechten Liquidatorengruppe, der bestehen muß in dem entschiedenen ideologischen Kampf gegen das Liquidatorenzentrum, zeigt er, wie und wann im Verlaufe dieses ideologischen Kampfes organisatorische Konsequenzen gezogen werden müssen. Das Polbüro begrüßt, daß vom Präsidium des EKKI nach der erfolgten Verhandlung mit den früheren Kandidaten des Zentralkomitees, Hause und Galm, der Ausschluß aus der Kommunistischen Partei Deutschlands und aus der Kommunistischen Internationale vorausgesetzt worden ist. Ebenso deutet das Polbüro seine Befriedigung aus, daß der Beschluß des Präsidiums des EKKI offen und unumwunden ausspricht, die Mitglieder der KPSU, Brandt und Thalheimer, aus der KPSU und aus der Kommunistischen Internationale sofort auszuschließen, wenn sie der Aufforderung, vor dem Zentralen Kontrollkomitee der KPSU zu erscheinen, nicht Folge leisten sollten. Das Polbüro des ZK der KPD begrüßt ebenso die Feststellung des Offenen Briefes, daß die rechten Führer Walther, Höglund und Genossen bei Ablehnung der Bedingungen des Zentralkomitees der KPD aus der KPD und aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen sind.

Das Polbüro des Zentralkomitees der KPD ist mit dem Präsidium des EKKI besonders darin einverstanden, daß der ideologische Kampf gegen den Opportunismus und die Liquidierung der rechten Liquidatorengruppe vor allem dazu ausgewertet werden muß.

um die Aktivierung der Parteimassen, die Verbesserung der Parteiführers und die Stärkung der Parteiführung herbeizuführen.

Die Parteiführung der KPD wird gemeinsam mit der Mitgliedschaft alle Kraft daran setzen, um die härteste Auswirkung des Offenen Briefes auf alle Kommunisten und die revolutionäre Arbeiterschaft im Interesse der gesteigerten revolutionären Arbeit nutzbar zu machen. Es gilt, auf der Linie der politischen Plattform, wie sie im Offenen Brief umrissen ist, die Reihen fester zu schließen und die Partei zu einer festen, geschlossenen Einheit zusammenzuweisen, damit sie die großen Aufgaben erfolgreich durchführen kann, die in der gegenwärtigen Periode des verschärften Klassenkampfes und der wachsenden imperialistischen Kriegsgefahr vor ihr stehen.

2. Das Polbüro begrüßt ebenso rückhaltlos die klare und offene Sprache des Offenen Briefes gegenüber den verschärften Strömungen und der verschärften Gruppe in der KPD, die gleichfalls die ersten Anzeichen zur Fraktionsbildung aufweist. Besonders begrüßt das Polbüro die Feststellung des Offenen Briefes:

"Für das Versöhnlerium ist in der KPD gegenwärtig kein Platz mehr."

Die Partei hat die Aufgabe, die vollständige ideologische Liquidierung des Versöhnleriums durchzuführen. Die Gruppe der Versöhnler muß sich jetzt endgültig entscheiden, ob sie auch weiterhin wie bisher der Partei im Kampfe gegen das rechte Zentralkomiteum in den Arm fällt oder ob sie bereit ist, die einheitliche Front mit der Gesamtpartei gegen alle Feinde des Kommunismus zu beziehen. Die Genossen Ewert und Meyer haben noch im letzten Moment versucht, die Beschlüsse des ZK-Sitzung vom 14. Dezember zu durchkreuzen und damit den rechten Liquidatoren Hilfsdienste zu leisten (Telegramm an das EKKI). Nachdem die Komintern endgültig und entschieden geprahnt und geurteilt hat, erwacht das Polbüro von der Gruppe der Versöhnler (Ewert, Meyer, Oberlein, Dietrich, Becker, Schröter, Schumann, Kuri), insbesondere von deren Vertreter im Polbüro, den Genossen Meyer und Ewert, daß sie ihre, die Partei-härtigenden Fehler anerkennen und sich diszipliniert in die Gesamtpartei der Partei einreihen. So, wie das Polbüro innerhalb der deutschen Delegation zum 6. Weltkongress in einem besonderen Beschuß seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit diesen Genossen befand, wiederholt es auch heute diese Aufforderung. Gleichzeitig erinnert das Polbüro die Angehörigen der Versöhnlergruppe daran, daß ihre Beharren auf dem seitlichen Standpunkt zwangsläufig zur Verhärtung der innerparteilichen Lage führen und die Anwen-